

ZWISCHEN ZWEI STAATEN

Warum diese Kärntner Familie kein Pflegegeld bekommt.

Seit etwa anderthalb Jahren pflegt Aurora Haraga aus Althofen ihre Mutter fast rund um die Uhr. Pflegegeld bekommt die Familie keines. Der Grund liegt in den Tiefen des EU-Systems.



„Ich fühle mich im Stich gelassen“, klagt Aurora Haraga. Die gebürtige Rumänin lebt seit etwa 35 Jahren in Österreich, seit über 20 Jahren besitzt sie die Staatsbürgerschaft. Die Althofenerin sieht sich mit einem Problem konfrontiert, das laut Auskunft der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) viele Menschen betrifft.

2019 zog ihre Mutter Doina Fit (85) zu ihr nach Althofen. „Nach dem Tod ihres Mannes hat sie sich entschieden, zu uns nach Österreich zu kommen“, erzählt Haraga. Im September 2024 erlitt die Mutter einen Schlaganfall. Seitdem ist sie bettlägerig, ein Pflegefall und benötigt rund um die Uhr Betreuung.

Niemand fühlt sich zuständig.

Was folgte, waren mehrere Anträge auf Pflegegeldunterstützung bei der zuständigen Pensionsversicherung Kärnten. Die Antwort kam meist rasch und war immer dieselbe: Abgelehnt. Der Grund: „Meine Mutter ist rumänische Staatsbürgerin und das Problem ist, dass sie eine kleine Pension in Höhe von 106 Euro aus Rumänien bezieht. Auch krankenversichert ist sie in Rumänien“, erzählt Haraga. Also gibt es von Österreich kein Geld.

Doch auch aus Rumänien kommt keine Unterstützung. Dort verweist man auf den dauerhaften Aufenthalt der Mutter in Österreich und sieht sich nicht zuständig. Und so

hängt die Familie in der Luft. Selbst eine Klage gegen die PVA vor dem Landesgericht Klagenfurt blieb erfolglos.

PVA verweist auf rumänische Zuständigkeit.

Von der PVA heißt es, Pflegegeld könne nur ausbezahlt werden, wenn eine Krankenversicherung in Österreich besteht. Zuständig sei der rumänische Versicherungsträger. „Das ist ein bekanntes Problem und betrifft leider relativ viele Menschen“, weiß der Direktor der PVA-Landesstelle in Klagenfurt, Markus Kastrun.



Markus Kastrun ist Direktor der PVA Kärnten
© Landwirtschaftskammer Kärnten/Hude

Diese Thematik sei kompliziert und betreffe das EU-Recht. „Aus diesem Grund können und dürfen wir in so einem Fall gar nichts ausbezahlen. Das letzte Wort hat hier der Europäische Gerichtshof (EuGH).“ Auf die Frage, ob man die rumänische Versicherung nicht einfach kündigen und in Österreich eine neue beantragen könne, sagt Kastrun: „Das geht nicht, denn dies würde zulasten eines anderen Staates gehen. Das Problem ist bekannt, aber es wird aus welchen Gründen auch immer nicht aufgegriffen.“ Eine Anfrage bei der zuständigen Stelle der EU blieb bisher ohne Antwort.

Arzt- und Behandlungskosten, die für Haragas Mutter in Österreich anfallen, werden dem rumänischen Versicherungsträger von der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) in Rechnung gestellt. „Für das Pflegegeld ist das aber nicht möglich“, beklagt die 61-Jährige.

Heim ist aktuell keine Option.

Die Situation bleibt kräftezehrend für Haraga. „Ich bin Gott sei Dank in Pension und habe zuvor im Sozialbereich gearbeitet, deshalb kann ich sie pflegen, aber es geht an die Substanz.“ Man habe zwar eine Pflegerin, die zweimal pro Woche unterstützt, aber „natürlich kostet auch das Geld“.

Wie es weitergehen soll? „Es war für uns nie eine Option, dass die Mama in ein Heim kommt. Das wollen wir weiterhin verhindern“, sagt Haraga, die vor allem ein Widerspruch stört: „Immer hört man aus der Politik, dass man Pflegeheime entlasten und dafür sorgen möchte, dass Menschen solange wie möglich zuhause im gewohnten Umfeld bleiben können. Dann will man ein Familienmitglied zuhause pflegen und bekommt nur Steine in den Weg gelegt.“

Eine Anfrage bei der staatlichen Pensionsversicherungsanstalt in Rumänien, der Casa Națională de Pensii Publice (CNPP), blieb unbeantwortet.